

100 Jahre Wahlrecht für Frauen

Am 12. November 1918 gab Deutschlands Revolutionsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, allen „mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen das gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht“.

Am 19. Januar 1919 war es dann so weit: Frauen wählten zum ersten Mal das deutsche Parlament mit – und ließen sich hineinwählen.

Ein Riesenschritt in die Gleichberechtigung – und 87% aller wahlberechtigten Frauen gingen ihn mit! Von 300 Kandidatinnen wurden 37 in den Reichstag gewählt, diesen Anteil von knapp neun Prozent erreichte erst wieder der Deutsche Bundestag 1983.



Wie kam es dazu?

In der Revolution von 1848 gingen Frauen mit den Männern auf die Barrikaden und kämpften für Demokratie. Sie gründeten Vereine und Zeitungen, engagierten sich gegen soziales Unrecht und für Frauenrechte, vor allem im Familienrecht – der Beginn einer organisierten politischen und sozialen



Frauenbewegung in Deutschland.

Doch das erste deutsche Parlament, die Nationalversammlung in Frankfurt, ließ 1849 die Frauen fallen, das Wahlrecht war nur für Männer ab 25 Jahren geplant.

In den nächsten Jahren verschlechterte sich die Situation massiv. Die Revolution war zerschlagen, die Regierung kontierte mit neuen Gesetzen: Das Familienrecht entrechtete Ehefrauen mehr als zuvor. Presse-, Vereins- und Versammlungsgesetze verbannten Frauen aus politischen Vereinen und Versammlungen und verboten ihnen, Zeitungen herauszugeben.

Erst 15 Jahre später organisierten sich Frauen wieder, um ihre Lage zu verbessern. 1873 forderte Hedwig Dohm öffentlich das Wahlrecht, aber es blieb in den verschiedenen feministischen Bewegungen umstritten. In der „gemäßigten“ bürgerli-

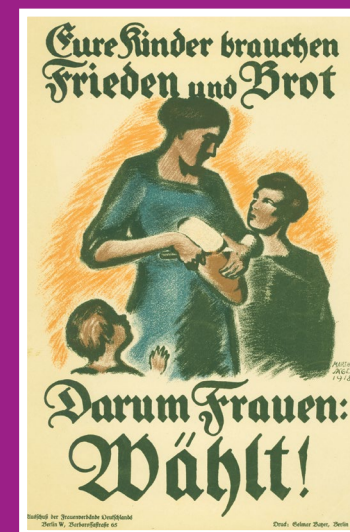
chen Frauenbewegung spielte es eine Nebenrolle, hier standen Kultur und Bildung im Mittelpunkt. In der „radikalen“ bürgerlichen Frauenbewegung, die sich ab 1890 entwickelte, wurde das Wahlrecht zentraler Dreh- und Angelpunkt für jede weitere Emanzipation. In der proletarischen Frauenbewegung schließlich war der Kampf gegen die herrschende Klasse zentral, eine Revolution sollte das Proletariat und mit ihm auch die Frauen befreien. Die SPD hatte als einzige Partei das Frauenwahlrecht im Parteiprogramm verankert.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts beschleunigte sich der Kampf um Frauenrechte. Der Staat wurde liberaler, die Wirtschaft brauchte mehr Frauen im Arbeitsmarkt. Das politische Vereinsverbot



für Frauen fiel, promptly gründeten sie zahlreiche Stimmrechtsvereine. 1911 wurde erstmals der Internationale Frauentag begangen – mit lautstarken Wahlrechtsforderungen.

Der Kriegausbruch 1914 veränderte die Situation



grundlegend. Mehrheitlich unterstützten die Frauen den Krieg, sahen ihn gar als Chance, sich im Dienst für Deutschland zu bewähren und so endlich die volle Anerkennung als Staatsbürgerinnen, die politische Gleichberechtigung zu „verdienen“.

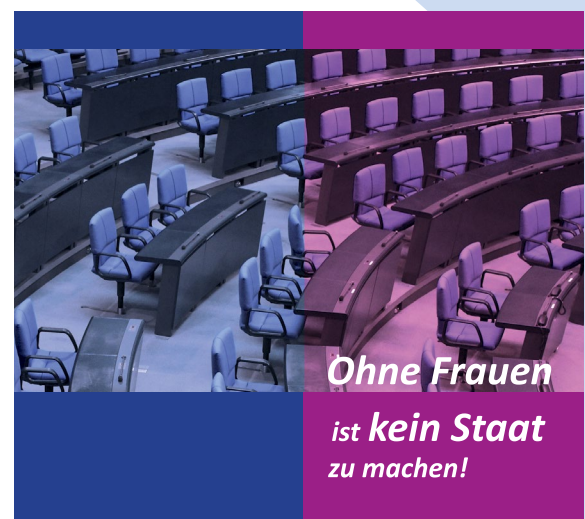
Erst nach zwei Jahren Krieg und allgemeiner Kriegsmüdigkeit organisierten sich Frauen erneut und forderten das Wahlrecht.

Aber erst das Ende des Ersten Weltkriegs und die Revolution in Deutschland 1918 führten zur politischen Befreiung der Frauen. Der Rat der Volksbeauftragten mit Friedrich Ebert an der Spitze verkündete das Frauenwahlrecht im Aufruf an das deutsche Volk. Dennoch waren Frauen und Männer keineswegs uneingeschränkt rechtlich gleichgestellt, sie hatten lediglich „grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten“. Das Wahlrecht schuf aber die Voraussetzung für eine gerechtere Beteiligung an der rechtlichen und politischen Gestaltung der Gesellschaft.

Parité' – faire Chancen für die Frauen!

Von wirklich gleichberechtigter Teilhabe am politischen Leben sind Frauen immer noch meilenweit entfernt. Zwar sind mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten weiblich. Doch die Hälfte der Sitze in Parlamenten, politischen Gremien und Ämtern haben Frauen bei weitem nicht.

Ganz abgesehen von ihrem Anteil an Abgeordneten im Bundestag oder Landtag muss man in manchen Stadt-, Samtgemeinde- oder Gemeinderäten unserer Region Politikerinnen mit der Lupe suchen. Dabei zeigen einige, dass es durchaus geht: ein Ratsgremium unserer Region hat einen Frauenanteil von 56%! Das Schlusslicht aber mit einem Anteil von 3,85 % bildet eine andere Samtgemeinde – eine Frau vertritt hier allein die Belange der Frauen!



Ohne Frauen
ist kein Staat
zu machen!

Ein zu geringer Frauenanteil beeinflusst die politischen Entscheidungen und die Gesellschaft negativ: Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigten Entscheidungen und Gesetze. Daher muss gelten: Halbe / Halbe! Erfunden haben es die Französinen: Hier forderten Mitte der 1990er Jahre zehn Exministerinnen ein Parité-Gesetz und eine Änderung der Verfassung. Mit Erfolg: Das „loi sur la parité“ schreibt seit 2001 die paritätische Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern vor. Nicht quotierte Listen werden zurückgewiesen. Das Gesetz gilt für Kommunalwahlen in Gemeinden mit mehr als 3.500 Einwohnern/-innen, Regionalwahlen, Europawahlen und – mit Einschränkungen – für Senatswahlen. Die Bilanz ist positiv: Heute liegt der Frauenanteil bei fast 45-48 % in fast allen o.g. Parlamenten.

In Deutschland fordern Frauenverbände und Gleichstellungsbeauftragte von der Landesregierung, das Kommunalwahl- und das Landtagswahlgesetz zu ändern. Über den Bundesrat soll eine bundeseinheitliche Änderung der Wahlgesetze zugunsten von Frauen angestrebt werden:

- ✗ In den Wahllisten von Parteien und Wählervereinigungen müssen ebenso viele Frauen wie Männer aufgestellt werden – und zwar abwechselnd.
- ✗ Wahlkreise sind alternierend mit Männern und Frauen zu besetzen, damit künftig in allen Parlamenten beide Geschlechter paritätisch vertreten sind.
- ✗ Eine Quote für aussichtsreiche Wahlkreise verhindert, dass Frauen auf aussichtslose Wahlkreise verdrängt werden.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!

Herausgeberinnen:

Stadt Braunschweig
Marion Lenz, Gleichstellungsbeauftragte
0531 470-2100 | marion.lenz@braunschweig.de

Stadt Salzgitter
Simone Semmler, Gleichstellungsbeauftragte
05341 8393926 | gleichstellungsbeauftragte@stadt.salzgitter.de

Stadt Wolfsburg
Beate Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte
05361 28-2762 | beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de

Landkreis Gifhorn
Christine Gehrmann, Gleichstellungsbeauftragte
05371 82-386 | gleichstellungsbeauftragte@gifhorn.de

Landkreis Goslar
Theresia Menzel-Meer, Gleichstellungsbeauftragte
05321 76-440 | theresia.menzel-meer@landkreis-goslar.de

Landkreis Helmstedt
Katrin Morof, Gleichstellungsbeauftragte
05351 121-1212 | katrin.morof@landkreis-helmstedt.de

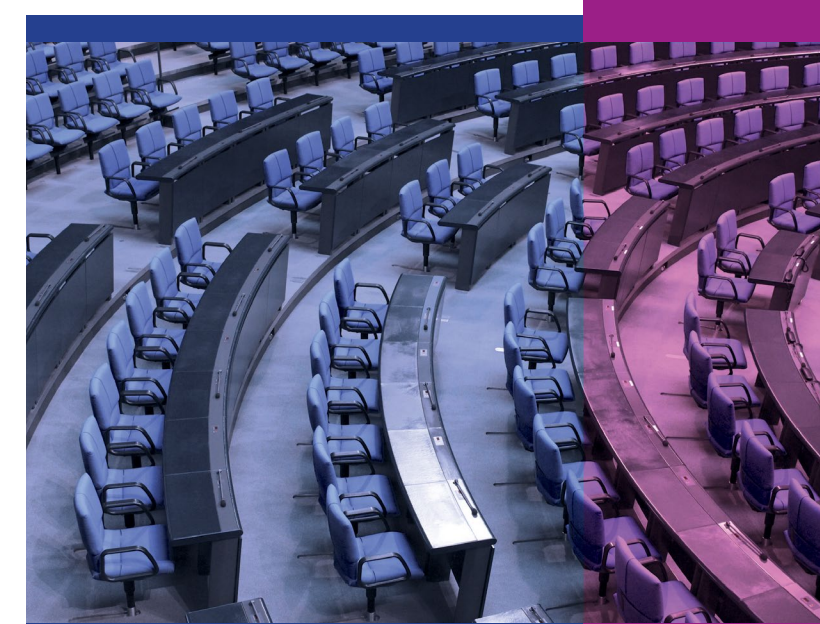
Landkreis Peine
Silke Tödter, Gleichstellungsbeauftragte
05171 401-1204 | s.toedter@landkreis-peine.de

Landkreis Wolfenbüttel
Susanne Löb, Gleichstellungsbeauftragte
05331 84-253 | s.loeb@lk-wf.de

Gestaltung: Natascha Engst-Wrede | www.artifice.de
Druck: Lebenshilfe Goslar | 1. Auflage 10.000 | Januar 2018

Bildnachweis | Titelbild: FOTOLIA ©mdaake | alle weiteren Abbildungen aus dem Bestand des Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF), Kassel
Porträtfoto Steinbrücke: ©Thomas Kempfer | alle anderen: privat
Text zum Wahlrecht: Nikola Müller, www.hedwigdohm.de
Zeichnung: N. Engst-Wrede

100 Jahre Frauen Wahlrecht zwischen Recht und Realität



Ein Blick in die Region

Ingrid Eckel



Jahrgang 1944
1977-1998 Realschullehrerin
1972 Eintritt in die SPD
1986-2009 Ratsfrau im Rat der Stadt Wolfenbüttel
1996-2001 Oberbürgermeisterin der Stadt Wolfenbüttel
1998-2008 Mitglied des Niedersächsischen Landtags

Dr. Elke Flake



Jahrgang 1953
Leitungsteam Kulturzentrum Brunsviga
Regionalberaterin für (sozio)-kulturelle
Vereine und Initiativen
1986-1991 Ratsfrau im Rat der Stadt Braunschweig
seit 2001 Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses (JHA)
seit 2006 Ratsfrau und
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

Elisabeth Heister-Neumann



Jahrgang 1955
Volljuristin u. Wirtschaftsmediatorin
Stadtdirektorin der Stadt Helmstedt
1983 Eintritt in die CDU
Landesministerin für Justiz, Kultusministerin
Landtags- und Kreistagsabgeordnete
Ratsmitglied Stadt Helmstedt

Lisa Lindner



Jahrgang 1990
Bürokauffrau
2011 Eintritt in die SPD
Ortsvorsteherin Gemeinde Lengde
stv. Ortsvereinsvorsitzende Goslar
Vorsitzende der Abteilung Harly
seit 2016 Mitglied im Kreistag Goslar als jüngste Abgeordnete

Ideal ist es, wenn bei der gesellschaftlichen Teilhabe das Geschlecht keine Rolle spielt. Aber soweit sind wir noch nicht. Deswegen können wir nicht damit zufrieden sein, dass die Lebenserfahrung von Frauen, ihr Denken, ihre Zukunftsvorstellungen nicht im gleichen Maß in den politischen Willensprozess Eingang finden wie die der Männer.

Als ich gefragt wurde, ob ich nicht für den Rat der Stadt kandidieren wolle, tat ich mich schwer. Wie sollte das gehen neben Kindern, Beruf und Haushalt? Welche Erwartungen, welche Anforderungen kämen da auf mich zu? Andererseits wollte ich doch, dass Frauen sich mehr einmischten. Also entschloss ich mich zu kandidieren. Jede neue Funktion war eine neue Herausforderung. Manchmal war es stressig, manchmal Freude. Mein Horizont erweiterte sich und ich entdeckte neue Talente in mir. Ich lernte einzustecken, aber auch, mich zu wehren und meine Durchsetzungskraft zu steigern. Meine Wahrnehmung des Zusammenlebens und –wirkens veränderte sich. Das hilft mir heute noch, einen offenen Blick auf unsere Zeit und unsere Welt zu haben.

Frauen werden oft abgeschreckt von den männlich dominierten Strukturen und Prozessen in den Parteien und politischen Gremien. Und zu recht. Aber wie lässt sich diese Dominanz zurückdrängen? Doch nur dadurch, dass mehr Frauen in den Parteien und Parlamenten sind und Veränderungen einfordern und umsetzen.

Wie wollen wir in Zukunft leben? Diese Frage müssen Männer und Frauen gleichberechtigt miteinander aushandeln und beantworten.

Ich bin Kommunalpolitikerin mit Haut und Haaren. Mir geht es um konkrete Lösungen für konkrete Fragen. Wenn ich mitentscheide, dann muss ich mich inhaltlich hineinknien, es durchdringen. Ich hebe meinen Arm nicht aus Glaubensgründen. Die Haltung, alles zu hinterfragen, hat mich oft unbequem gemacht, aber mein Gerechtigkeitsgefühl war stets größer als die Angst.

Früher reagierten Männer oft herablassend. Außerdem gab es in den 80er Jahren – auch von Frauen – Kritik, weil ich trotz Kind berufstätig und politisch aktiv war. Hort und Krippe waren damals etwas für Rabenmütter. Das hat sich geändert. Ich habe den Ausbau der Kinderbetreuung im Jugendhilfeausschuss aktiv und kämpferisch mitgestaltet. Schwerer haben es Frauen dennoch. Sie müssen mehr Standing und Kompetenz zeigen, um die gleiche Akzeptanz wie Männer zu erhalten. Um aktive Politikerinnen zu gewinnen, muss Politik insgesamt anders werden. Inhaltliches Arbeiten, gemeinsam Konkretes erarbeiten – das würde Frauen entgegenkommen und mehr Spaß machen. **Partei-Arbeit, in der es hauptsächlich darum geht, nach außen gut da zu stehen und Wählerstimmen zu ergattern, reizt mich nicht und viele Frauen wahrscheinlich auch nicht. Mir geht es darum, die Gesellschaft aktiv mit zu gestalten.**

Heutzutage sind mehr Frauen in politischen Ämtern anzutreffen, als es zu Beginn meiner Berufstätigkeit der Fall war. Sie haben Vorbildfunktion. Neben den herausragenden Beispielen für erfolgreiche Frauen in politischen Führungsämtern wie Dr. Angela Merkel oder Malu Dreyer gibt es auf den unteren politischen Entscheidungsebenen eine Vielzahl von engagierten Frauen. Sie alle tragen zu einem wachsenden Verständnis für die notwendige Anpassung der politischen Strukturen auf die Verhaltensmuster von Frauen und Männern bei. Das gilt gleichermaßen für Verhandlungsprozesse wie für Personalentscheidungen. So liegt es Frauen z.B. weniger, jenseits der offiziellen Entscheidungsrunden – gerne zu später Stunde – den „Knoten“ durchzuschlagen.

Mehr Frauen in Führungspositionen werden die Entscheidungsprozesse verändern. Eine solche Entwicklung wird Politik als Aufgabenfeld für Frauen reizvoller machen, denn Frauen haben den notwendigen Gestaltungswillen und die fachlichen Kompetenzen, benötigen aber mehr Akzeptanz bei der Besetzung von Ämtern und deren Ausübung. Dafür sind in Haupt- und Ehrenamt wirksame Netzwerke unverzichtbar. **Politik wird für Frauen zukünftig auch dann attraktiver, wenn jede von uns es als selbstverständlich betrachtet, dass nichts von alleine kommt, wir eigene Macht erobern und entschlossen voranschreiten!**

Die Vorstellung, dass Frauen nicht immer dieselben Rechte hatten wie Männer, ist für meine Generation fast nicht mehr vorstellbar. Es ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden, dass Frauen nicht nur aktiv wählen dürfen, sondern auch gewählt werden können.

In der Entwicklung der Gleichberechtigung war die Einführung des Frauenwahlrechtes ein wichtiger Schritt, denn in einer gleichberechtigten Gesellschaft müssen auch die weiblichen Aspekte in allen Belangen Berücksichtigung finden. Eine aktive Mitgestaltung des öffentlichen Lebens geht für mich damit einher. Zuerst ehrenamtlich tätig in meinem Heimatort führte mich der Weg in die Politik. Damit noch mehr Frauen den Weg dorthin finden, müssen wir diese ermutigen, sich nicht von den Männern abschrecken zu lassen. Eine Hoffnung liegt dabei im Generationenwechsel, denn Frauen prägen heute schon immer mehr das Bild der Parteien.

Eine Vereinbarkeit nicht nur von Beruf und Familie, sondern auch von Ehrenamt und Familie ist dafür ebenfalls eine wichtige Voraussetzung, die es weiter zu verbessern gilt.

Politikerinnen der Region - engagiert und kritisch - damit aus Recht Realität wird

100 Jahre *Frauen* Wahlrecht

Margarete Pertzelt



Jahrgang 1939
Sozialwissenschaftlerin
Dozentin/Dolmetscherin
1986-2001 Gemeinderat Meine und
Samtgemeinderat Papenteich
1988 Eintritt in die CDU
Landrätin des Landkreises Gifhorn
Bezirks- u. Landesvorstand CDU Niedersachsen
Landes- und Bundesvorstand der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU

Eva Schlaugat



Jahrgang 1943
Geschäftsführerin des Päritätischen
Wohlfahrtsverbandes
Gründerin des Peiner Frauenhauses
Kreistag Landkreis Peine
stellvertr. Landrätin, Vorsitzende des SPD Unterbezirks
Bundestagsabgeordnete

Ute Skalik



Jahrgang 1957
Buchhalterin
1991 Eintritt in die SPD
seit 2006 bis jetzt, dritte Legislaturperiode in Folge
Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Salzgitter Nordwest

Christiana Steinbrügge



Jahrgang 1957
Diplom-Sozialwissenschaftlerin
seit 1994 aktiv in der Verbands- und Kommunalpolitik
1992 Eintritt in die SPD
2001-2006 Mitglied des Rates der Stadt Wolfenbüttel
seit 2013 Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel

„Kritische Leute muss man einbinden“ – wirbt der Bürgermeister um ihre Kandidatur. Seit den 1980er-Jahren ist sie politisch aktiv und hält für den Erfolg von Frauen in der CDU das Quorum für entscheidend. Seit dessen Einführung muss auf Frauen bei der Listenplatzverteilung Rücksicht genommen werden und sie stellen seitdem Talent und Können unter Beweis. Daneben müssen Frauen – auch bedingt durch einen späteren Einstieg in die Politik nach der Familienphase – intensive Gremienarbeit machen, um in ihrer Partei erfolgreich zu sein.

Dennoch geht die Politik nicht genug auf die Lebenssituation von Frauen ein. Sitzungen zu ungünstigen Tageszeiten sind die Regel! Auch sind politische Strukturen zu wenig bekannt und werden kaum im Schulunterricht vermittelt. Und unbekannte Strukturen machen Angst – gerade Frauen reagieren dann mit Skepsis. Bessere politische Grundbildung könnte das ändern! Margarete Pertzelt ist überzeugt:

Frauen können Inhalte und das Gesicht der Politik entscheidend verändern und haben Fähigkeiten, die die Politik dringend braucht.

„Wer keinen Mut zu träumen hat, hat keine Kraft zu kämpfen“ sagt Eva Schlaugat, eine Frau mit Einfluss in der Peiner Kommunalpolitik und darüber hinaus. Sie gehörte seit mehr als 30 Jahren dem Kreistag an, war Mitglied im Vorstand der SPD-Fraktion und im Kreisausschuss. 1998 konnte sie als Nachrückerin und erste Frau aus dem Peiner Land ins höchste deutsche Parlament einziehen und dort ihr politisches Netzwerk erweitern. Ihre Fassungslosigkeit, als sie das erste Mal mit Gewalt gegen Frauen konfrontiert wurde, bewog sie u.a. in die Politik zu gehen. Daher wurden Frauenrechte, Gleichberechtigung, Diskriminierung von Frauen zu ihren wichtigsten politischen Themen.

Sie fordert gleiche Rechte, Respekt und gleiche Möglichkeiten für Frauen. Diese Forderungen umzusetzen, dazu braucht es eine konsequente Geschlechterpolitik, die in und auf allen Ebenen gelebt werden muss. Sie sagt: „**Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit – wie peinlich, dass man darüber im Jahre 2018 noch diskutieren muss.**“

„Du kannst das!“, lockte mich der damalige Ortsbürgermeister in die Kommunalpolitik. Und sehr schnell wurde mir sehr viel zugetraut.

Die Akzeptanz für Frauen hat sich verbessert. Und die Frauen sind heute auch viel selbstbewusster und emanzipierter. In meinem Ortsrat sind 56% Frauen; die Männer haben eingesehen, dass wir Frauen das ganz gut machen und uns durchsetzen können. Diese gesunde Mischung ist uns wichtig.

Wir gehen auf die Frauen direkt zu und machen ihnen Mut, trauen ihnen Verantwortung zu und begleiten sie. Und man muss rechtzeitig loslassen können – auch geliebte Positionen, denn dann sind wir noch da, um unsere Nachfolgerinnen zu unterstützen.

„Sich einfach trauen – Politik beißt nicht!“

Mit anderen gemeinsam diskutieren, gestalten und etwas bewegen hat mich dazu bewogen, Politik zu machen.

Zwar sind Frauen in der Politik immer noch unterrepräsentiert, aber ich freue mich, dass ich während meiner Zeit in der Politik erlebe, dass wir neben einer Bundeskanzlerin auch Ministerpräsidentinnen, Landrätinnen und weitere Frauen haben, die regieren, leiten und führen. Der Weg zur Gleichstellung in der Politik ist dennoch weiterhin sehr lang.

Die Parteien müssen sich aktiv bemühen und wir brauchen bessere Rahmenbedingungen, damit Frauen politische Arbeit wahrnehmen können. Frauen müssen sich aber auch trauen und aktiver werden.